



Bettina M. Wiesmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

PRESSEMITTEILUNG

„Kinder und Jugendliche müssen beteiligt werden!“ Bettina M. Wiesmann MdB zum Weltkindertag 2019

Berlin/Frankfurt am Main, 20.09.2019

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227 79552

Fax: +49 30 227 70554

Wahlkreisbüro

Kurt-Schumacher-Straße 30-32

60313 Frankfurt am Main

Telefon: +49 69 153 099 183

Bettina.wiesmann@bundestag.de

www.bmwiesmann.de

„Das Deutsche Kinderhilfswerk hat gestern erfreuliche Zahlen über das Bild der Jugend in der Bevölkerung veröffentlicht: Mehr als 2/3 der Bevölkerung haben großes Vertrauen in die Jugend; sie trauen ihr zu, Verantwortung für den Erhalt unserer Demokratie zu übernehmen. Vor drei Jahren war dieses Vertrauen noch niedriger. Und fast 90% der Befragten sehen die Familie in der Verantwortung, Kinder und Jugendliche zu Demokraten zu erziehen, 2/3 erwarten das auch von Schule und Kita. Mehr zur Umfrage hier

<https://www.dkhw.de/aktionen/weltkindertag/umfrage-zum-weltkindertag-2019/>

Damit weist die Bevölkerung der Familie die entscheidende Rolle bei der Erziehung zur Mündigkeit zu. Die Familie ist und bleibt die anerkannte zentrale Sozialisierungsinstanz unserer Gesellschaft. Sie zu unterstützen, bedeutet auch, das Heranwachsen der Jugend zu reifen und selbstbewussten Staatsbürgern zu fördern.

Heute, am 20. September vor 30 Jahren, wurde die UN-Kinderrechtskonvention verabschiedet. Fast alle Staaten der Erde haben sich inzwischen auf die 54 Artikel der Konvention verpflichtet, die die Rechte aller Menschen unter 18 stärken soll. In Deutschland werden die Artikel wie Gesetze geachtet, doch gibt es Bereiche, in denen zu oft mangels besseren Wissens gegen die Konvention verstoßen wird.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages hat im vergangenen Jahr unter meinem Vorsitz aufgezeigt, dass bei Jugendhilfe und Familiengerichtsbarkeit die Kinderrechte nicht immer geachtet werden. Deshalb wird die Koalition noch in dieser Legislaturperiode das Gesetz zur Kinder- und Jugendhilfe verbessern. Gleiches gilt für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Mobbing, Anmache, Gewalt und sexuellem Missbrauch im Internet. Auch hierzu habe ich in der Kinderkommission eine im Juli verabschiedete Stellungnahme vorbereitet, die Bund und Länder auffordert, endlich für Schutz der Kinder zu sorgen, denn Eltern allein können das nicht leisten. Wenn das gelingt, sind wir in Deutschland einen großen Schritt vorangekommen, um die Rechte von Kindern und Jugendlichen mit Leben zu erfüllen.



Was mir noch am Herzen liegt, ist eine bessere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Entscheidungen, die ihr unmittelbares Umfeld betreffen. Deshalb setze ich mich zum Beispiel dafür ein, dass in meiner Wahlheimatstadt Frankfurt endlich ein Jugendparlament eingerichtet wird. Ein Parlament, das von allen 14- bis 17-Jährigen gewählt wird und in dem Jugendliche nicht nur reden und ihre Meinung zu Vorhaben der Stadt äußern dürfen, sondern auch über ein Antragsrecht und ein bestimmtes Budget verfügen, so dass sie eigene Entscheidungen auch umsetzen können, dafür aber auch geradestehen müssen. Dies wünsche ich mir nicht nur für Frankfurt, sondern überall in der Bundesrepublik. Dass Jugendliche einen Standpunkt zu Fragen von politischer Bedeutung haben, zeigt die Bewegung für den Schutz unserer Umwelt, die in diesem Jahr die Umweltpolitik wieder auf die Tagesordnung gesetzt hat. Es ist an uns allen, hier mehr Verantwortung zu übernehmen, aber es ist auch an den Jugendlichen, ihrerseits der Arbeit der Parlamentarier und Regierungen Vertrauen entgegenzubringen.“